

AKTUELL

NUTZUNG VON BIOMASSE

Bio-Saft

Raymond Klein

Das Luxemburger Biomasse-Programm soll endlich in Fahrt kommen – dank der Gülle! Als landwirtschaftliches Nebenprodukt ist deren Nutzung nachhaltiger als der Anbau von Energiepflanzen.

„Dass zehn Prozent des Treibstoffs in der EU aus Biomasse stammen soll, haben wir der deutschen Automobil- und der französischen Zuckeranbau-Lobby zu verdanken“, erläutert Paul Polfer vom Mouvement écologique die Sachlage bei der Nutzung von Bioenergie. „Agrokraftstoffe sind keine besonders nachhaltige Lösung, aber sie ermöglichen es der Automobilindustrie, das Autofahren als ‚grün‘ darzustellen, ohne wirklich ‚grüne‘ Autos, also Drei-Liter-Modelle, zu bauen.“ Wenn es um Biomasse geht, ist nicht alles „bio“, was sich so nennt. Um die Einsicht in diesen Zusammenhang zu befördern, stellte der Mouvement am vergangenen Montag eine Studie zur nachhaltigen Nutzung von Biomasse in Luxemburg vor.

„Wir sind nicht gegen Bioenergie, wir finden sie grundsätzlich sinnvoll“, versicherte Blanche Weber, Präsidentin der Umwelt-NGO. Doch wie die Studie zeigt, ist es nicht so einfach, die richtigen Akzente zu setzen. Gerhard Bronner, deutscher Experte und Autor der Studie, führte als erstes einen Vergleich der Flächeneffizienz verschiedener Formen von Biomasse vor. Dabei schnitt zum Beispiel die Nutzung von Biogas auf Maisbasis am zweitbesten ab: Sie erbringt fünfmal so viel Energie, wie für die Produktion aufgewendet wurde. Doch diese Darstellung, so Bronner, blende Aspekte wie die Biodiversität aus: Wenn artenreiches Grünland in energetisch produktivere Maisplantagen umgewandelt wird, so gehe dies auf Kosten von Lerche und Braunkehlchen. Selbst die Umwidmung von Heuwiesen zu intensiv genutzten Silagewiesen, welche weiterhin als Grünland gelten, trage zum Verlust der Artenvielfalt bei.

Ein anderes Problem ist das der Konkurrenz zwischen verschiedenen Nutzungsformen der Anbauflächen und der Biomasse im Allgemeinen. Werden zum Beispiel Holzabfälle in Heizkraftwerken verbrannt, so stehen sie nicht mehr als Rohstoff für die Herstellung von Spanplatten zur Verfügung. Auch die „verstärkte Eigenproduktion von Eiweißfuttermittel statt

Soja-Importen auf Kosten der Länder des Südens“ – eine Forderung, die die „Ökologesche Landwirtschaftsberatung“ am Mittwoch vorstellte – ist nur möglich, wenn dafür Anbauflächen verfügbar sind. Größtes Problem sind jedoch die indirekten Verdrängungseffekte bei Nahrungsmitteln: Wenn in Luxemburg Raps für Biodiesel anstelle von Getreide angebaut wird, muss dieses aus Drittländern importiert werden, in denen dann wertvolle Naturlandschaften in Ackerflächen umgewandelt werden. Dies wurde insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausbau der Agrotreibstoffe kritisiert (woxx 1094), gilt aber grundsätzlich für jede zusätzlich hergestellte Biomasse, gleich welcher Form.

„Wenn Flächen knapp sind, ist der Anbau von Biomasse zur Energiegewinnung keine gute Idee“, so Bronners Schlussfolgerung. Bioenergie solle grundsätzlich nicht in Konkurrenz zur Nahrungsnutzung oder zur stofflichen Nutzung wie der in der Holzindustrie treten. Deshalb müssten prioritär alle Formen organischer Abfälle genutzt werden, und der gezielte Anbau von Biomasse sei strengen Nachhaltigkeitsnormen zu unterwerfen. Auf die wenig effektiven Agrotreibstoffe solle man am besten ganz verzichten.

Für Luxemburg ergibt sich daher ein geringeres Bioenergie-Potenzial als bisher angenommen. Umso wichtiger sei es, argumentiert der Mouvement écologique auf Basis von Bronners Studie, die Biogas-Anlagen gezielter zu fördern. Insbesondere müsse es attraktiver werden, Gülle zu nutzen statt Energiepflanzen. Denn es handele sich bei der Gülle nicht nur um ein Nebenprodukt, bei ihrer Nutzung in den Anlagen werde auch viel weniger Methan – ein starkes Treibhausgas – freigesetzt als bei der direkten Ausbringung auf den Feldern. Der Mouvement empfiehlt der Regierung, die Biogas-Förderung durch einen Güllebonus zu ergänzen, welcher auch den höheren Aufwand bei der Verarbeitung berücksichtige. Im Anschluss an die Pressekonferenz traf sich die NGO mit dem Landwirtschafts-, dem Nachhaltigkeits- und dem Wirtschaftsminister. Letzterer, zuständig für die Überarbeitung des Reglements zur Biogasförderung, versprach laut Angaben des Mouvement, Anfang September ein Treffen mit allen Akteuren zu veranstalten.

SHORT NEWS

Entwicklungshilfe: Nicht mehr im Einser-Club

Luxemburgs Entwicklungshilfe weist zum ersten Mal seit 1992 einen Rückgang auf. Dies gilt sowohl, was die Nettoauszahlungen an Drittländer als auch, was die Relation zum Nationaleinkommen (Revenu National Brut – RNB) betrifft. Seit 2000, dem Jahr, ab dem Luxemburg gemäß der UN-Norm 0,7 Prozent seines RNB für Entwicklungshilfe zur Verfügung stellt, verbuchte die Luxemburger Kooperation einen kontinuierlichen Zuwachs und überschritt 2010, mit 304 Millionen Euro, erstmals die 300 Millionen-Marke. 2011 aber fiel die Entwicklungshilfe auf 294 Millionen Euro zurück. Symbolträchtig ist der Rückgang auch im Vergleich zum RNB: 2009 und 2010 war Luxemburg in den kleinen Kreis der Länder aufgestiegen, die die Ein-Prozent-Hürde überschritten. 2011 waren es nur noch 0,97 Prozent – genau wie 2008. Den relativen Rückgang erklären die Verantwortlichen mit einer Fehleinschätzung des RNB für das Jahr 2011 durch den Statec, die dazu geführt habe, dass der Zuwachs im Entwicklungsbudget für das Jahr unnötig stark beschnitten wurde. Weil im selben Jahr auch noch Rückzahlungen nicht genutzter Gelder einiger Kooperationspartner erfolgten, sei auch das Nettoresultat stärker zurückgegangen, als anfangs gedacht. Der Bericht, dem diese Zahlen entsamen, wird im September anlässlich der „assises de la coopération“ vorgestellt und später in der Chamber diskutiert werden, ist aber schon jetzt in einer gedruckten Fassung erhältlich oder online unter www.cooperation.lu/2011/ einsehbar.

Les « patriotes » en marche

Du nouveau dans la fachosphère locale : non contents d'être constamment malmenés par les médias qui ne les comprennent pas, l'association « Lëtzebuerger Patrioten » – qui officie désormais aussi sous le nom « Luxembourg Defence League » – va participer au « Marsch der Patrioten » qui se tiendra le 11 août à Cologne. Derrière cette marche aux accents aussi islamophobes qu'anti-gauchistes et contre la société multiculturelle, on trouve avant tout l'organisateur : la « German Defence League », qui a lancé un appel à toutes les ligues semblables en Europe, incluant aussi l'original, la « English Defence League », connue surtout pour ses violences et ses portes ouvertes aux néonazis. Mais aussi des discours de politiciens comme ceux de « Pro-NRW » (parti islamophobe par excellence), « Die Freiheit » ou la mouvance d'extrême-droite « Bürgerbewegung Pax Europa » sont attendus. En lisant les motivations des différentes fractions, on se rend compte de l'hypocrisie, voire de la schizophrénie de l'entreprise : un grand accent est mis sur le fait que ni les néonazis, ni les antifascistes, ni les salafistes ne seraient les bienvenus. Au vu des nombreuses contre-manifestations déjà annoncées, on doute sérieusement que les vœux pieux de nos patriotes soient exaucés. Et encore faudrait-il qu'ils réussissent à sortir de la gare.

Femmes chiffrées

La politique et les femmes. Eternel sujet traité par le Conseil national des femmes (CNFL) à l'aide d'études, de sondages et de statistiques. Cette semaine, le CNFL a présenté les résultats d'un récent sondage : un panel de 504 personnes, ventilées en fonction de l'âge, du sexe et de la nationalité (luxembourgeoise ou autre) a répondu aux questions. Le sondage (en ligne) mené par la société Quest n'a rien de bien renversant. L'on y apprend par exemple que la majorité des sondés (plus 60 %) se dit tout à fait d'accord pour trouver le monde politique opaque et injuste. Pour ce qui est de la transparence, l'on trouve le même taux de désaccord parmi les hommes que parmi les femmes : 65 %. Il y a néanmoins un certain différentiel à la question de savoir si le monde politique est considéré comme « juste et équitable » : 69 % des femmes contre 58 % des hommes ne se disent « pas du tout d'accord ». Ce qui fait probablement sens, étant donné que le monde politique reste dominé par les hommes. Plus surprenant tout de même : la réponse favorisée par les femmes (à 80 %) pour savoir à qui incombe la responsabilité pour stimuler leur participation politique est « aux femmes elles-mêmes ». Par contre, la solution des quotas n'est pas très populaire. Au niveau légal, seules 25 % des femmes se prononcent pour et encore moins (18 %) pour de telles règles au sein des partis.